

Pressestimmen über Hoesch & Partner

Medium

Datum/Ausgabe



21.09.2012

ALTERSVORSORGE

Die Angst der Sparer

Wer fürs Alter vorsorgen will, hat es schwer wie nie: Die Zinsen sind niedrig, die Inflation frisst die Renditen. Lohnt sich die private Vorsorge noch?

VON Sarah Sommer | 21. September 2012 - 17:26 Uhr

Von einem großzügigen Alterssalär aus der gesetzlichen Rentenkasse hatte schon lange niemand mehr geträumt. Und doch schreckte die Republik auf, als Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) unlängst warnte, die staatliche Rente könnte nach dreißig, vierzig Jahren halbwegs gut bezahlter Arbeit nicht mal über dem Existenzminimum liegen. Vor zehn Jahren hatte das Versprechen der Politik noch ganz anders geklungen. Zwar werde die gesetzliche Rente allein nicht reichen, um den Lebensstandard im Alter in Zukunft zu sichern, hieß es damals. Wer aber privat spare, könne mit der Förderung des Staates rechnen. Am Ende komme schon eine ordentliche Rente zusammen.

Das Versprechen von damals erscheint vielen heute zweifelhaft. Was ist etwa, wenn die Politik in Europa die öffentlichen Schulden abträgt, indem sie etwas mehr Inflation zulässt? Dann würde die Euro-Krise, die bisher nur "die Märkte" oder "die Anleger" zu bedrohen schien, auch die mühsam ersparte Rente auffressen. Und überhaupt: Bleibt bei den aktuell niedrigen Zinsen von den Erträgen aus dem Sparplan, der Riester-Rente, der Immobilie, der Lebensversicherung oder dem Aktienfonds tatsächlich genug übrig, um die Rentenlücke zu schließen?

"Die Leute sind wahnsinnig verunsichert, weil nahezu jede Art der privaten Vorsorge in den vergangenen Monaten in der öffentlichen Debatte in die Kritik geraten ist", sagt Jochen Pimpertz, Vorsorgeexperte des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln. Immobilien? Längst zu teuer. Aktien? Viel zu unsicher. Die klassische Lebensversicherung? "Für eine Tiefzinsphase wie die aktuelle nicht gebaut", ließ der Vorstandschef der Münchener Rückversicherung, Nikolaus vom Bomhard, jüngst wissen. Ein simpler Sparplan oder sichere Staatsanleihen? Zu niedrige Renditen, die Inflation frisst die Mini-Zinsen am Ende auf. Viele dieser Warnungen seien eher "Panikmache" denn sachlich begründet, sagt der Ökonom Pimpertz. Die private Altersvorsorge werde oft zu Unrecht schlecht gemacht. Zwar seien die Renditen derzeit in der Tat niedrig, doch das werde schließlich nicht immer so bleiben.

Mehr als eine Milliarde Euro entgangener Zinseinnahmen – allein 2011

Ganz so optimistisch wie der Kölner Fachmann sind jedoch nicht alle Ökonomen. Vor allem die Anbieter von Anlageprodukten fürchten, dass sie auf lange Sicht Schwierigkeiten haben werden, auskömmliche Renditen zu erwirtschaften. Der Europäische Ausschuss für Systemrisiken (ESRB) warnt etwa vor harten Zeiten für Versicherungsgesellschaften und betriebliche Vorsorgeinstitute: "Sollten sich die derzeitigen Zinskonditionen verschlechtern

4

Pressestimmen über Hoesch & Partner

Medium



Datum/Ausgabe

21.09.2012

oder über einen Zeitraum von mehreren Jahre anhalten, dürften Schwachstellen in der Branche zutage treten", heißt es im jüngsten Jahresbericht. Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) warnt ebenfalls, die Politik halte das Zinsniveau künstlich niedrig. Allein im Jahr 2011 hätten die Niedrig-Zinsen bei der Wieder- und Neuanlage der deutschen Lebensversicherer zu entgangenen Zinseinnahmen von mehr als einer Milliarde Euro geführt. Der Bürger stehe also nicht nur mit seinen Steuergeldern, sondern auch mit seinem Ersparten für die Folgen der Finanz- und Schuldenkrise ein.

"Finanzielle Repression" nennen Ökonomen diesen Effekt. Wenn Staaten gegen Verschuldung kämpfen, haben sie ein Interesse daran, das Zinsniveau langfristig niedrig und die Inflation relativ hoch zu halten. Diese Entschuldungs-Strategie wirkt wie eine Besteuerung der Anleger. "Klassische Altersvorsorge-Produkte wie Sparpläne und Lebensversicherungen werden in den kommenden Jahren keinen ausreichenden Ausgleich gegenüber der Inflation leisten können, weil die Staaten ihre Schuldenprobleme durch finanzielle Repression lösen werden", warnt Philipp Vorndran, Kapitalmarktstrategie beim Kölner Vermögensverwalter Flossbach von Storch. Dabei seien nicht nur eine höhere Inflation und niedrige Zinsen ein Problem. "Auch höhere Abgaben und Steuern auf Kapitalvermögen oder Kapitalverkehrskontrollen sind durchaus denkbar." Die Vergangenheit habe gezeigt, dass Staaten bei der Suche nach Mitteln zum Abbau ihrer Schulden erfinderisch seien. Schon jetzt wird eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer diskutiert, und Ökonomen rechnen vor, was Zwangsabgaben für Vermögende dem Staat einbringen könnten. "Wir reden voraussichtlich nicht von einer Niedrigzinsphase von nur ein oder zwei Jahren. Die Schuldenprobleme sind zu groß, um kurzfristig gelöst zu werden", sagt Vorndran.

Soll man nun den Optimisten oder Pessimisten trauen? Egal, wie man es sieht: Gar nicht privat fürs Alter vorzusorgen, halten die meisten Fachleute auch für keine kluge Idee.

Finanzplaner wie Michael Reeg vom Versicherungsmakler Hoesch & Partner halten es für eine Gefahr, dass die Anleger aus Verunsicherung mit der Altersvorsorge warten oder sogar Verträge kündigen. Wenn ein Arbeitnehmer mit Mitte Dreißig etwa feststelle, dass er für einen auskömmlichen Ruhestand eine private Zusatzrente von rund 1.000 Euro im Monat braucht – und wegen der Finanzkrise nun nicht sofort, sondern erst in drei Jahren beginnt, dafür zu sparen –, dann muss er im Monat rund 100 Euro mehr zurücklegen, um auf dieselbe Rente zu kommen, rechnet Reeg vor. "Ein oder zwei Jahre fehlende Verzinsung kann man nur durch deutlich höhere Beiträge oder durch eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit ausgleichen."

Reeg rät deshalb dazu, die aktuell niedrigen Zinsen in Kauf zu nehmen. "Selbst wenn man ein paar Jahre echte Null-Verzinsung mitmacht, was bei Weitem nicht bei allen Anbietern so sein muss, ist das besser als gar nicht vorzusorgen." Das gelte insbesondere für die staatlich geförderten Vorsorge-Modelle, bei denen auf jeden Fall der jährliche staatliche Zuschuss hilft. "Allerdings ist es tatsächlich illusorisch anzunehmen, dass 50 oder 100 Euro

Pressestimmen über Hoesch & Partner

Medium



Datum/Ausgabe

21.09.2012

im Monat für die Altersvorsorge ausreichen", sagt Reeg. "Das galt allerdings auch schon vor der Krise. Viele unterschätzen die Wirkung der Inflation auf ihr erspartes Vermögen."

Eine rechnerische Rentenlücke von 1.223 Euro

Reeg macht das an einer Beispielrechnung deutlich. Wer 40 Jahre lang 3.000 Euro brutto im Monat verdient, also ein paar Hundert Euro mehr als der "Durchschnittsverdiener" mit 2.625 Euro, bekommt im Alter rund 1.300 Euro monatlich aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Das ist deutlich mehr als die Mindestrente, reicht aber kaum aus, um den gewohnten Lebensstandard zu halten. Rentenexperten gehen davon aus, dass Ruheständler 70 bis 80 Prozent des Nettolohns als Gesamtrente brauchen, um ihren Alltag im Ruhestand ohne große Abstriche zu bestreiten. Als Pensionär fallen Ausgaben weg, die der Berufsalltag zuvor mit sich gebracht hat: zum Beispiel teure Arbeitskleidung, das große Auto, das Pendeln zum Arbeitsplatz, Essen mit Geschäftspartnern. Oft sind zudem Haus oder Wohnung in dieser Lebensphase abbezahlt. Und wenn die Kinder aus dem Haus sind, steht für viele Ruheständler der Umzug in eine kleinere, günstigere Wohnung an. Bei einem Nettogehalt von rund 1.800 Euro sollte also eine monatliche Rente von rund 1.480 Euro ausreichen.

Anders sieht die Lage jedoch aus, wenn man die Teuerung mit einrechnet. Geht man von einer Inflationsrate von rund 2,5 Prozent aus und von einer regelmäßigen Rentenanpassung um rund ein Prozent, bedeutet das: Der Ruheständler braucht nicht 1.480 Euro monatlich, sondern inflationsbereinigt ganze 2.789 Euro, um seinen Lebensstandard zu halten. Er bekommt, trotz regelmäßiger Rentenanpassung, aber nur rund 1.566 Euro Nettorente aus der gesetzlichen Kasse. Die Rentenlücke läge dann bei 1.223 Euro – pro Monat.

BEISPIELRECHNUNG

Eine 35-jährige Arbeitnehmerin verdient 3.000 Euro brutto. Sie will mit 67 Jahren in Rente gehen, lebt gesund und geht deshalb davon aus, dass sie 89 Jahre alt wird – sieben Jahre älter als die Durchschnittsdeutsche. Ihre Rente muss also für 22 Jahre reichen und soll monatlich mindestens 80 Prozent des gewohnten Netto-Einkommens betragen.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/wirtschaft/geldanlage/2012-09/private-altersvorsorge-inflation-zinsen-rendite>